

## **Gemeinsame Erklärung von AZADÎ und YEK-KOM**

### **Razzien in Köln: Repression gegen Kurdinnen und Kurden und ihre Einrichtungen wird fortgesetzt**

Während Bundeskanzlerin Angela Merkel gemeinsam mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan die diesjährige Hannover Messe eröffnet hat und die positiven deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen lobt, wird anderenorts wieder einmal massiv gegen Kurden vorgegangen. So in den frühen Morgenstunden in Köln, wo die Polizei den kurdischen Verein „Mala Kurda“ gewaltsam aufgebrochen und durchsucht hat.

Gleichzeitig fanden ebenfalls in Köln Durchsuchungen in 41 Wohnungen statt. Eine Person wurde zwecks erkennungsdienstlicher Behandlung zur Polizeiwache gebracht und anschließend wieder freigelassen.

Offensichtlich stehen diese Razzien im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen einige Kurden wegen angeblichen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.

Azadî und Yek-kom verurteilen das massive polizeiliche Vorgehen gegen kurdische Vereine und ihre Mitglieder. Diese Razzien fügen sich ein in die Verfolgungsmaßnahmen der letzten Monate in anderen Bundesländern oder auch in Frankreich. Sie weisen auf ein Konzept hin, das die Zerschlagung kurdischer Organisation und Strukturen zum Ziel hat und das sich deckt mit einer umfassenden Strategie gegen die kurdische Bewegung. Europa und insbesondere Deutschland hat aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Erwägungen heraus eine führende Rolle in der strafrechtlichen Verfolgung von Kurdinnen und Kurden übernommen.

Dies offenbart eine Politik, die keinen Spielraum lassen will für friedliche und konstruktive Konfliktlösungen. Sie setzt auf Zuspitzung, Provokation und signalisiert den Kurdinnen und Kurden, dass die praktizierte Verfolgungsstrategie in der Türkei auch von den politisch Verantwortlichen in Deutschland unterstützt wird. Ministerpräsident Erdogan wird's zufrieden sein.

Düsseldorf, 17.04.2007